das die Unabhängigen und Kommunisten schon im November und Dezember ausstießen und mit den wüstesten Schwindelnachrichten stützten, haben wir nie ernst genommen. Erst nach den Januar- und Märzputschen konnte man zweifelhaft werden, ob nicht die starken Ansprüche an Militär- und Offizierkorps diesen doch wieder ein zu hohes Maß politischer Macht gäben, das unter Umständen ernste Gefährdungen der jungen Republik herbeiführen könnte. Heute dürfen wir sagen, daß auch die neuerlichen Besorgnisse gänzlich grundlos sind. Die Gefahr einer Gegenrevolution könnte erst dann ernst werden, wenn eine spartakistische Schreckenszeit in ganz Deutschland vorhergegangen ist.

Der Parteivorstand zu den lettischen Vorgängen.

In seiner Sitzung am 30. Mai beschäftigte sich der Parteivorstand auch mit den Vorgängen in Lettland. Er beschloß, dringend zu fordern, daß schon vor Beendigung der Untersuchung die Mitglieder des Volksrats (d. h. der lettischen Regierung) enthaftet werden, falls das inzwischen noch nicht geschehen sein sollte. Er hat weiter die Abberufung des verantwortlichen Chefs des dortigen Militärgouvernements, des Grafen von der Goltz, sowie all der Offiziere verlangt, die sich nachgewiesenen Uebergriffen gegenüber der rechtmäßigen lettischen Regierung zuschulden kommen ließen. Endlich fordert er, daß jede Verbindung der im Baltikum stehenden deutschen Truppen mit der baltischen Landeswehr, dem Organ der reaktionären Cliquen Lettlands, sofort und in jeder Beziehung gelöst wird. Der Parteivorstand erwartet, daß die deutsche Regierung der Entente gegenüber nachdrücklichst darauf besteht, daß die deutschen Truppen aus den zu dem früheren russischen Reich gehörigen Gebieten zurückgezogen werden. Der Parteivorstand, der bereits am 14. Mai dem Internationalen sozialistischen Bureau in Amsterdam seine Auffassung über diese Vorgänge dargelegt hatte, hat sich jetzt erneut dorthin gewandt und dasselbe ersucht, bei den Ententeregierungen darauf hinzuwirken, daß diese ihren Widerstand gegen die Zurückziehung der deutschen Truppen aus dem Baltikum aufgeben.

Den lettischen Genossen gegenüber, die nach einem teilweise in Nr. 254 der Freiheit veröffentlichten Aufruf an das deutsche Proletariat behauptet haben, daß alle von den Vertretern unsrer Partei auf den Konferenzen in Bern und Amsterdam abgegebenen Erklärungen unwahr und bewiesene Lüge sind, stellt der Parteivorstand fest, daß die am 30. April 1919 in Amsterdam dem Genossen P. Seja durch die Genossen Müller und Wels gegebene Erklärung nach wie vor zu Recht besteht. Wenn trotzdem gegen die Genossen Müller und Wels von lettischer Seite öffentlich der Vorwurf verbreitet wird, daß sie bewiesene Lügen verbreitet und das Vertrauen der Internationale gewissenlos mißbraucht hätten, so verbitten sich diese in aller Freundschaft solche unverschämten Redensarten.

Der Friede der Alldeutschen.

Von Philipp Scheidemann.

Im Vorwärts schreibt Genosse Scheidemann: Die Alldeutschen regen sich wieder. Sie glauben den Zeitpunkt für ein neues Hasardspiel gekommen. Nachdem sie durch jahrzehntelange Hetze das deutsche Volk in den vernichtenden Krieg getrieben haben; nachdem sie durch die übertriebensten Forderungen und die Verfemung jedes Andersdenkenden seinen rechtzeitigen Abschluß unmöglich gemacht haben; nachdem sie dadurch den Bogen überspannt haben, bis er brach und mit ihm Reich und Volk: nach alledem versuchen sie jetzt den Frieden zu verhindern und die Gegenvorschläge der Reichsregierung zu diskreditieren. Die alten Geister benutzen die alten Methoden. Wieder sollen die Träger des Verhandlungsgedankens zu Verbrechern gestempelt werden. Wieder geht ein Schimpf- und Verleumdungsfeldzug gegen einzelne Personen los, und es ist mir eine Ehre, daß sich die Kübel der Unentwegten vor allem auf mich ergießen.

Scheidemann-Friede! Wem klingt diese Parole nicht vertraut? War das nicht während des Kriegs ein beliebtes Verdammungswort? Was verstanden die Herren der Rechten damals unter dem Scheidemann-Frieden? Doch wohl den Frieden „ohne Annexionen und Entschädigungen", auf den ich nicht erst gekommen bin, wie die U-Boot-Heroen und Gottstrafe-England-Schreier, nach dem endlichen Eintritt der längst vorhergesagten Niederlage.

Am 29. Mai 1915, also im zehnten Monat des Kriegs, habe ich, wie ähnlich vorher in zahlreichen Versammlungen, im Reichstag gesagt:

„Das höchste und wertvollste Recht für jedes Volk ist in unsern Augen das Recht der Selbstbestimmung. . . . Im Frieden kann man mit Nachbarvölkern nur leben, wenn man sie nicht vergewaltigt, wenn man ihr Selbstbestimmungsrecht nicht angetastet hat."

Und drei Jahre später, auf der Höhe unsrer militärischen Erfolge:

„Grundsätzlich sind wir Sozialdemokraten Gegner aller Annexionen und Vergewaltigungen, mögen sie nun leicht oder schwer ausführbar, mit kleinen oder großen Opfern erreichbar, dem erobernden Volke fürs erste nützlich oder schädlich sein."

Das und nichts andres hieß einstens „Scheidemann-Friede", und nun will ich fragen: Was würden die Herren von der Rechten sagen, wenn sie heute solch einen Frieden haben könnten, bei dem, nach einem andern Wort von mir, was deutsch ist, deutsch bliebe? Würden sie heute nicht auf Knien anbeten, was sie vor einem Jahre noch verdammten? Freilich haben sie und ihresgleichen inzwischen erfreulich zugelernt. Meine Freunde und ich brauchten weder die Reden des Präsidenten Wilson, noch die Lehren der Niederlage, um das Selbstbestimmungsrecht der Völker in nationaler und wirtschaftlicher Beziehung als das höchste Prinzip anzuerkennen und den Völkerbund als letztes Ziel vor Augen zu haben. Ich kann heute meine Aeußerungen während des Krieges eine an die andre reihen, ohne mit mir und meinen Idealen in Widerspruch zu kommen. Wie aber die Alldeutschen? Man lese folgenden Satz: „Freunde und Helfer in der Zukunft wird Deutschland nur finden, wenn es sich . . . nicht selbst verliert durch Unterzeichnung von Bedingungen, die nicht in allen wesentlichen Punkten dem unverfälschten Programm Wilsons entsprechen." Wer spricht hier wohl? Ein Pazifist, ein Verständigungspolitiker, ein bewährter Gegner von Annexionen und Gewaltpolitik? Nein, sondern Graf Reventlow, der vier Jahre lang nicht genug Schimpf und Spott auf Wilson häufen konnte, der wie seine Gesinnungsgenossen nach dem Reichsanwalt schrie gegen diejenigen, die seit Kriegsbeginn einen Frieden befürworteten, wie er jetzt von den Herren selber ersehnt, aber dank ihrer Kriegspolitik kaum mehr durchzusetzen ist.

Nun kann natürlich mit diesem „Scheidemann-Frieden" nicht mehr krebsen gegangen werden. Und schon erfindet man einen andern und entblödet sich nicht, einen Frieden, wie ihn unsre Gegner uns aufzwingen wollen, mit diesem Namen zu belegen! Daß ich im Auftrage des gesamten Kabinetts diese Bedingungen für unannehmbar erklärt habe, behindert sie in diesem schmählichen Schwindel ebensowenig, wie die Tatsache, daß unsre Gegenvorschläge unwiderleglich unsre Stellung klarlegen. Die Presse der ganzen Rechten heult, auf eine gegebene Parole, das Schlagwort vom „Scheidemann-Frieden", um durch ihr Geschrei die öffentliche Aufmerksamkeit von den wahrhaft Schuldigen abzulenken, denen wir es allein verdanken, daß der militärische Zusammenbruch ein zermürbtes, gequältes, im tiefsten mit Haß gefülltes Volk vorgefunden hat.

Angesichts dieser Tatsachen ist es ein unerhörtes Verlangen der Alldeutschen, die heutige Reichsregierung solle die schwere Schuld übernehmen oder gar verteidigen, welche die alldeutsche Clique und ihre Exponenten vor und während des Kriegs auf sich geladen haben. Die Herren, dessen können sie sicher sein, werden von der Schuldfrage noch genug zu hören bekommen! Geht die Entente auf unser Verlangen ein, einen neutralen Gerichtshof zu errichten, so werden sie ja dort Gelegenheit finden, ihre „Unschuld" darzutun. Lehnt die Entente ab, so wird der deutsche Staatsgerichtshof seine Pflicht tun. Vor ihm wird der Prozeß zu führen sein, aus dem alle Welt ersehen wird, daß die Alldeutschen und mit ihnen ein großes unschuldiges Volk das geerntet hat, was jene gesät haben, einen Vernichtungsfrieden!

Die Nationalversammlungswahlen.

Ueber die Wahlen zur verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung am 19. Januar 1919 wurden in der neuesten Veröffentlichung des Statistischen Reichsamts im ersten Ergänzungsheft der Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs, Jahrgang 1919, ausführliche Mitteilungen bekannt gegeben.

Nach dem damit vorliegenden endgültigen Wahlergebnis betrug die Zahl der Wahlberechtigten auf Grund des neuen erweiterten Wahlrechts rund 37 Millionen gegen rund 14 Millionen nach dem bisherigen Reichstagswahlrecht. Von den Wahlberechtigten waren 46 Proz. Männer und 54 Proz. Frauen. Von je 100 wahlberechtigten Männern standen 2,8 im Alter von 20 Jahren, 11,4 im Alter von 21 bis 25 Jahren und 65,8 im Alter von über 25 Jahren; von je 100 wahlberechtigten Frauen standen in den drei Altersgruppen 3,0 bis 13,6 und 83,4. Auf je 100 wahlberechtigte Männer entfielen bei den 20jährigen 126,8, bei den 21- bis 25jährigen 140,5 und bei den über 25jährigen 114,3 wahlberechtigte Frauen.

Die Wahlbeteiligung war etwas geringer als bei der letzten Reichstagswahl, sie betrug nur 83,0 Proz. gegen 84,7 Proz. im Jahre 1912. Die Wahlbeteiligung der Männer und Frauen war nahezu gleich, jedoch zeigten sich in den Altersgruppen erhebliche Unterschiede. Die Wahlbeteiligung der jüngeren Männer war erheblich geringer als die der jüngeren Frauen, die der über 25jährigen Männer dagegen war größer, als die der gleichaltrigen Frauen; sie betrug bei den 20jährigen männlichen Personen nur 59,6 Proz., bei den gleichaltrigen weiblichen Personen dagegen 80,5 Proz.; bei den 21- bis 25jährigen betrug die Wahlbeteiligung der Männer 70,5 Proz., die der Frauen 80,9 Proz., und von den über 25jährigen hatten 84,8 Proz. der Männer, dagegen nur 82,6 Proz. der Frauen ihr Wahlrecht ausgeübt.

Von den abgegebenen gültigen Stimmen entfielen 37,9 Prozent auf die Wahlvorschläge der Sozialdemokratischen Partei, 19,7 Prozent auf die der Christlichen Volkspartei, 18,5 Prozent auf die der Deutschen Demokratischen Partei, 10,3 Prozent auf die der Deutschnationalen Volkspartei, 7,6 Prozent auf die der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, 4,4 Prozent auf die der Deutschen Volkspartei und 1,6 Prozent auf die der sonstigen Parteien.

Unter Berücksichtigung der in den einzelnen Wahlkreisen zugelassenen Verbindungen von Wahlvorschlägen entfallen nach dem Verhältniswahlsystem 163 Abgeordnete auf die Sozialdemokratische Partei, 91 auf die Christliche Volkspartei, 75 auf die Deutsche Demokratische Partei, 44 auf die Deutschnationale Volkspartei, 22 auf die Unabhängige Sozialdemokratische Partei, 19 auf die Deutsche Volkspartei und 7 auf die sonstigen Parteien.

Würden keine Verbindungen von Wahlvorschlägen zugelassen worden sein, so würden auf die einzelnen Parteien in der gleichen Reihenfolge entfallen sein: 174, 87, 75, 42, 22, 17 und 4 Abgeordnete.

Wäre das System der Verhältniswahl für das Reich als ganzes durchgeführt und die Zahl der den einzelnen Parteien zuzuweisenden Abgeordneten im Verhältnis der Gesamtzahl der im ganzen Reiche abgegebenen gültigen Stimmen berechnet worden, so würden auf die Parteien in der gleichen Reihenfolge entfallen sein: 162, 84, 79, 43, 32, 18 und 3 Abgeordnete. Es hätten dann weniger erhalten: die Sozialdemokratische Partei, die Deutschnationale Volkspartei und die Deutsche Volkspartei je 1 Abgeordneten, die Christliche Volkspartei 7 Abgeordnete und die sonstigen Parteien 4 Abgeordnete, dagegen hätten die Deutsche Demokratische Partei 4 und die Unabhängige Sozialdemokratische Partei 10 Abgeordnete mehr erhalten. Die Verbindung von Wahlvorschlägen hat also einen merklichen Einfluß auf die Verteilung der Abgeordnetensitze auf die Parteien ausgeübt. Die vorgekommenen Verbindungen der Wahlvorschläge der Parteien sind daher in dem Heft eingehend dargestellt, außerdem ist eine Uebersichtskarte der Grenzen der Wahlkreise mit einer farbigen Darstellung der Zahl und der Parteistellung der gewählten Abgeordneten beigegeben. Das Heft ist durch den Buchhandel, Verlag von Puttkammer und Mühlbrecht, Berlin, zum Preise von 8 M. zu beziehen.

Das neue bayerische Kabinett.

In der Sitzung des bayerischen Landtags vom Samstabend erklärte Ministerpräsident Hoffmann, daß das Ministerium seine Aemter niederlege. Er sprach sich dahin aus, daß die Neubildung des Ministeriums nicht nur dadurch bedingt sei, bei der Minderzahl der mehrheitssozialistischen Abgeordneten auch Mitglieder gegnerischer Parteien ins Ministerium aufzunehmen, sondern daß er durchdrungen sei von der Ueberzeugung, daß in dieser Zeit schwerster Not, wo uns der Feind so ungeheuerliche Friedensbedingungen auferlege, das ganze Volk, alle Parteien, miteinander arbeiten müßten, gemeinsam wirken müßten am Wohle des Vaterlandes. Hierauf vertagte sich das Haus um eine Stunde.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung wurde Ministerpräsident Hoffmann mit 75 Stimmen zum Ministerpräsidenten wiedergewählt, die Bauernbündler halten sich der Wahl enthalten; 15 Zettel waren unbeschrieben, drei Stimmen zersplittert. Der Präsident des Landtags Schmidt verlas hierauf die vom Ministerpräsidenten Hoffmann ihm zur Bekanntgabe übergebene Ministerliste, in der u. a. folgende Namen verzeichnet sind: Vorsitz, Aeußeres und Kultus der bisherige Ministerpräsident Hoffmann (Mehrheitssoz.) Inneres der bisherige Justizminister Endres (Soz.), soziale Fürsorge der bisherige Minister des Innern Segitz (Soz.), Handelsministerium Regierungsrat Dr. Hamm (Dem. und Fachminister), Finanzministerium der Vorsitzende der Zentrumspartei Speck, Landwirtschaftsministerium der Gutsbesitzer und Vorsitzende der Landwirtschaftskammer Frhr. von Freyberg, Ministerium für militärische Angelegenheiten Schneppenhorst (Soz.), Justizministerium Oberlandesgerichtsrat Dr. Müller-Meiningen und Verkehrsministerium Frauendorfer (Fachminister). Dem Bauernbund werden in zwei Ministerium je eine Staatsratsstelle zugestanden, und zwar im Minister des Innern und im Postreferat.

Präsident Schmidt gab der Hoffnung Ausdruck, daß durch die gemeinsame Arbeit der Parteien nach dieser Zeit schwerer Sorge Bayern bald einer besseren Zukunft entgegengehen möge. Die Bildung des Ministeriums sei erfolgt unter der Voraussetzung, daß alle Parteien ein Interesse daran haben, das staatliche und wirtschaftliche Leben Bayerns in geordnete Bahnen zu lenken. Die nächste Sitzung — Besprechung der politischen Lage — wurde auf Montag vormittag festgesetzt.

Die Parteien haben sich verpflichtet, in den Landtagsfraktionen folgendes Programm zur Annahme zu bringen: 1. die bayerischen Bergwerke und Wasserkräfte in Gemeinwirtschaft zu nehmen, 2. planmäßige Beeinflussung und Kontrolle der für Nahrung, Wohnung und Kleidung maßgebenden Betriebe, 3. allmähliche Ueberführung der Apotheken in die Gemeinwirtschaft, 4. Durchführung des Siedlungsgedankens und 5. soziale Maßnahmen und Kriegsbeschädigtenfürsorge, wie Arbeiter- und Angestelltenrecht, Arbeiterversicherung und Arbeitsnachweis, Bekämpfung der Boden- und Grundstückspekulation sowie die Schaffung von Heimstätten für Kriegsbeschädigte.

„Finanzielle Solidarität der Alliierten."

Versailles, 1. Juni. Einem Mitarbeiter des Matin gegenüber äußerte sich Ribot über die finanziellen Lasten Frankreichs in den nächsten Jahren. Ribot berechnet, daß Deutschland bis 1926 Frankreich vier Milliarden bezahlen wird. Während derselben Zeit werde Frankreich 25 Milliarden für Pensionen, 37 Milliarden für Kriegsschäden und 15 Milliarden für die Anleihen, welche Frankreich zur Bestreitung der Wiedergutmachungskosten werde ausgeben müssen, zu bezahlen haben. Unter Berücksichtigung des Erlöschens von Pensionen dürfte Frankreich zunächst 40 Milliarden vorzuschießen haben. In den Jahren 1926 bis 1931 werde Deutschland 1800 Millionen jährlich an Frankreich zahlen, während Frankreich in derselben Zeitspanne mindestens 50 bis 60 Milliarden auszugeben haben werde. Diese großen Ausgaben Frankreichs erklärt Ribot mit der Notwendigkeit, Anleihen zur Deckung der Wiederherstellungskosten ausgeben zu müssen. Zum Schlusse erklärte Ribot, man werde ihm vielleicht vorhalten, daß Frankreich Schatzscheine, welche Deutschland ihm geben werde, eskomptieren könne. In diesem Falle eskomptiere Frankreich nicht die Zinsen, sondern das Kapital, und müsse in diesem Falle amortisieren. Auch bei dieser Voraussetzung gelange man nicht zu einem günstigeren Resultat. Er wolle durch die Klarstellung der Finanzlage und die Veröffentlichung dieser erschreckenden Zahlen die öffentliche Meinung auf die Notwendigkeit der finanziellen Solidarität aller Alliierten lenken.

Der Schutz der nationalen Minderheiten.

Versailles, 1. Juni. Gestern nachmittag ist den kleinen Mächten, die Oesterreich-Ungarn den Krieg erklärt hatten, im französischen Ministerium des Aeußeren der Vertragsentwurf für Oesterreich vorgelegt worden. Die geheime Beratung über ihn dauerte zwei Stunden und betraf, wie Matin berichtet, hauptsächlich die Maßnahmen zum Schutze fremdstämmiger Minderheiten in Polen, in der Tschecho-Slowakei, in Südslawien und Rumänien. Im Namen dieser vier Staaten erklärt Bratianu, daß die Großmächte sich mit diesen Bestimmungen in die innere Gesetzgebung der kleinen Staaten einmischten. Falls Maßregeln über Minderheiten völkerrechtlich festgelegt werden sollten, müßten sie unterschiedslos auf alle Mächte angewandt werden, oder nicht eine Benachteiligung der kleinen Staaten bedeuten oder ihre Souveränität beeinträchtigen. Laut Echo de Paris erwiderte Clemenceau in kräftigem Tone, daß die im Vertrage vorgesehenen Maßnahmen beibehalten werden müßten. Daraufhin erhoben sich Paderewski für Polen, Kramarsch für die Tschecho-Slowakei und Trumbitsch für Südslawien und schlossen sich den Aeußerungen Bratianus an. In langer Rede rechtfertigte sodann Wilson die zur Erörterung stehenden Bestimmungen und erklärte, daß die Großmächte die ganze Verantwortung für diesen Frieden trügen und dafür bürgten, daß alle Bürger der jetzt entstandenen neuen Staaten gerecht behandelt würden; doch sei er bereit, in Fassungänderungen des fraglichen Abschnittes zu willigen, damit er nicht mehr als Ausnahmebestimmung oder als Zwang gegenüber gewissen Ländern erscheine. Ein Vorschlag von Venizelos, die Großmächte müßten zusammen mit den Kleinstaaten den fraglichen Abschnitt unverzüglich abändern, wurde angenommen und eine befriedigende Einigung erreicht.

Wie Matin hervorhebt, schieben die Vertreter der vier kleinen Staaten der französischen Abordnung die Schuld an diesen Unstimmigkeiten zu, doch dürften sie nicht vergessen, daß Frankreich und seine Abordnung während der ganzen Friedensverhandlungen mit aller Kraft für ihr Wohl eingetreten seien, sie dürfen sich also durch den etwas schroffen Ton Clemenceaus ihnen gegenüber nicht vor den Kopf gestoßen fühlen.

Deutsches Reich.

Zur Flucht des Oberleutnants Vogel.

In der Fluchtangelegenheit des Oberleutnants Vogel ist, wie von maßgebender Seite mitgeteilt wird, bis jetzt folgendes festgestellt worden:

Am 31. Januar d. J. wurde in der Waffenstillstandskommission für einen als Kurier reisenden Kurt Velsen ein sogenannter Dreisprachenausweis ausgestellt. Derselbe trägt keine Photographie und berechtigt lediglich zur Einreise nach Spa. Mit diesem Ausweis und einem vom Polizeipräsidium Berlin am 5. Mai 1919 nach Deutschland und Holland ausgestellten Paß erschien am 13. Mai auf der Paßstelle des Auswärtigen Amtes ein Herr, der angeblich im Auftrage der Waffenstillstandskommission um Aus-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19190602/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG